

Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag über die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehung (Bonn, 4. Februar 1988)

Legende: Am 4. Februar 1988 betont Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), vor dem Deutschen Bundestag die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für das europäische Aufbauwerk und damit für die Entwicklung des gesamten Kontinents.

Quelle: Verhandlungen des deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. 58. Sitzung vom 4. Februar 1988. Stenographische Berichte. Hrsg. Deutscher Bundestag und Bundesrat. 1988. Bonn. p. 3990-3992.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_dem_bundestag_uber_die_bedeutung_der_deutsch_franzosischen_beziehung_bonn_4_februar_1988-de-623fdf1e-00d7-4c46-a1ef-323d4f934412.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag über die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehung (Bonn, 4. Februar 1988)

[...]

Richtig bleibt die simple Erkenntnis, daß die Regierungen unserer beiden Länder zwar nicht so tun dürfen, als seien sie Europa und könnten für andere mitentscheiden, daß aber natürlich vom **Verhältnis zwischen Bonn und Paris** weiterhin in hohem Maße abhängt, welche Richtung die westeuropäische Einigung nimmt. Richtig ist natürlich auch — davon war schon die Rede —, daß hiervon auch für die **gesamteuropäischen Entwicklungen** einiges abhängt.

Dies kann dann allerdings die Frage anderer herausfordern, ob Paris und Bonn miteinander, ohne den übrigen Partnern etwas aufzwingen zu wollen — was sie ja nicht dürfen —, nicht schon mehr hätten tun können, um die **Europäische Gemeinschaft** besser funktionieren zu lassen und um dafür zu sorgen, daß wir uns miteinander in rascherem Tempo natürlich auf 1992, aber im ganzen sowohl auf die wissenschaftlich-technischen Umwälzungen wie auf sich dramatisch wandelnde weltpolitische Gegebenheiten einstellen.

Wir sind hier überwiegend einig darin, daß eine Weiterentwicklung der westeuropäischen **Wirtschafts- und Währungspolitik** mit dem Ziel — ich sage es noch einmal — auch einer gemeinsamen Währung und Notenbank dringend geboten ist. Wie es der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem Gegenstand zum Ausdruck bringt, wünschen wir, daß auf die einschlägigen französischen Anregungen nicht in erster Linie und überwiegend mit Bedenken reagiert wird, sondern daß davon soviel wie irgend möglich aufgegriffen und ernsthaft erörtert wird.

Denken wir an die Strukturpolitik. Es bleibt doch tief enttäuschend, daß am Ausgangspunkt neuer westeuropäischer Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Montanunion stand, daß es jedoch in keiner Weise gelungen ist, der **Kohle- und Stahlkrise** gemeinsam Herr zu werden. Das hat gerade auch junge Menschen in den Revieren stärker beeindruckt als die Wunschzettel der Europaunion.

(Beifall bei der SPD der Abg. Frau Unruh [GRÜNE] und des Abg. Dr. Haussmann [FDP])

Mit meinen Freunden hoffe ich, daß eine gut aufeinander abgestimmte deutsch-französische Haltung entscheidend dazu beitragen kann, die **akuten Schwierigkeiten der Europäischen Gemeinschaft** zu überwinden. Sie sind ja nach allem, was man erkennen kann, ziemlich ernst.

Lassen Sie mich hinzufügen: So verständlich und sogar begrüßenswert ich es finde, daß Großbritannien hartnäckig darauf besteht, unzumutbare Finanzbelastungen der Gemeinschaft durch die Agrarüberschüsse rascher als angeblich vorgesehen abzubauen, für so bedauerlich halte ich es, halten auch wir es, die **britische Zurückhaltung gegenüber dem Europäischen Währungssystem** weiterhin zur Kenntnis nehmen zu müssen. Ich sage nur: Man kann auch zu spät kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Im übrigen, Herr Bundeskanzler, nächste Woche in Brüssel: Nicht notwendigerweise einer Regierung zuliebe, nicht um etwas zu übertünchen, sondern dieser Bundesrepublik zuliebe und Europa zuliebe wünschen wir, daß ein Erfolg aus Brüssel herauskommt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Mindestens so wichtig ist mir der andere Hinweis, daß nämlich der Inhalt **gemeinsamer Sicherheitspolitik** rasch einer weiteren Klärung bedarf.

(Koschnick [SPD]: Sehr wahr!)

Wenn es zum einen im Protokoll über den Rat für Sicherheit heißt, die Strategie der Abschreckung und

Verteidigung müsse sich weiterhin auf eine „geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte“ stützen, so darf das meiner Überzeugung nach nicht bedeuten, daß uns ein händebindendes Junktim untergejubelt wird.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Deutschland darf sich nicht ins Zwielficht begeben, und künftigen europäischen Initiativen dürfen nicht unnötige Fesseln angelegt werden.

Dem Bundeskanzler ist nicht zu widersprechen, wenn er uns eben gesagt hat, bei der Sicherheit Europas gehe es nicht nur um **Abrüstung und Rüstungskontrolle**. Aber gerade darum geht es doch auch. Es ist schade, daß in den Pariser Texten eine Strategie der Kriegsverhinderung nicht einmal angedeutet wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das darf nicht bedeuten, hinter jene Einsichten zurückzufallen, die immerhin schon vor 20 Jahren im sonst häufig zitierten Harmel-Bericht niedergelegt wurden.

(Bahr [SPD]: Sehr wahr!)

Europa hat sich — dessen bin ich ganz sicher — mehr auf Abrüstung als auf Aufrüstung zu konzentrieren.

(Beifall bei der SPD, der Abg. Frau Unruh [GRÜNE] sowie des Abg. Dr. Feldmann [FDP])

Texte hin, Texte her: Die eigentlichen Probleme wollen beantwortet werden. Zu welchen Konsequenzen sind wir, sind Bonn und Paris bereit, um ein **westeuropäisches Sicherheitssystem** mit eigenem Oberbefehl im Rahmen des Atlantischen Bündnisses Wirklichkeit werden zu lassen? Sind wir uns einig oder werden wir uns einig, daß die Europäer jedenfalls beteiligt werden, beteiligt sein müssen, wenn die nuklearen Weltmächte über Sicherheit und Abrüstung in Europa verhandeln?

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wenn die europäische Ost-West-Politik mit der Zwangsvorstellung verbunden bleibt, die Deutschen müßten bei der Wahrnehmung ihrer mitmenschlichen und zugleich nationalen Interessen einer Art besonderen Kontrolle unterworfen werden, so kann das zu nichts Gutem führen.

Deutsche und französische Ostpolitik sind nicht deckungsgleich, aber sie können einander gut ergänzen. In dieser Richtung haben sich ja im Laufe der Jahre durchaus bemerkenswerte Berührungen ergeben. Wer könnte etwas dagegen haben, sich hierum wieder und weiter zu bemühen?

Ein kluger Kommentator aus der Schweiz — ich meine François Bondy — meinte kürzlich, es sei eine Schwierigkeit des deutsch-französischen Dialogs, daß die Partner manchmal den Platz wechselten; der eine sage das Gegenteil von gestern, der andere auch,

(Heiterkeit bei der SPD)

so daß man sich wiederum nicht ganz verstehe.

In der Tat, Frankreich war uns beispielsweise vor allem zu Zeiten Charles de Gaulles ein gutes Stück voraus, als es zusätzlich zur westeuropäischen Zusammenarbeit und Einigung das ganze Europa vom Atlantik bis zum Ural ins Auge faßte, sicherheitspolitisch, aber natürlich auch wirtschaftlich und kulturell. Heute braucht nur ein sowjetischer Außenminister nach Bonn zu kommen, und in Paris rätseln nicht wenige, welche deutschen Seitensprünge sich daraus wohl ableiten mögen. Aber vielleicht hat es ja auch bei uns einige gegeben, die Herrn Honeckers Besuch in Paris mit einem Mangel an Gelassenheit beobachteten.

Der Bundeskanzler hat in seine Regierungserklärung einen Bericht über seinen Prager Besuch aufgenommen. Ich meine, es war gut, daß dieser Besuch in der CSSR stattgefunden hat, auch wenn sich der sachliche Ertrag der Besprechungen — bei aller Vielzahl der registrierten Themen — in Grenzen zu halten scheint. Diejenigen, die damals, vor 15 Jahren, beim Prager Vertrag das für richtig hielten, was inzwischen auch der gegenwärtige Bundeskanzler für richtig hält, können nichts dagegen haben, daß mit Prag wie mit allen unseren Nachbarn im Osten die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen im Rahmen des Möglichen ausgebaut wird.

(Dr. Czaja [CDU/CSU]: Zum Nutzen der Menschen!)

Herr Bundeskanzler, was Reisen angeht: Ich höre, Ungarn wäre bereit, einem **visumfreien Reiseverkehr** zuzustimmen. Ich weiß nicht, ob Prag auch schon bereit ist. Ist es so, daß die Sicherheitsbehörden bei uns dies nicht für möglich halten?

(Duve [SPD]: Hört! Hört!)

Ich denke, man müßte diesem Thema — neben vielen anderen Themen — weiter nachgehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich auch dies sagen, Herr Bundeskanzler: Nicht wenige — ich gehöre zu diesen — hätten es begrüßt, wenn sich der Meinungs austausch in Prag auch auf die Möglichkeiten **atom- und chemiewaffenfreier Zonen** hätte erstrecken können; denn der wiederholte abwiegelnde Hinweis, man dürfe den auf die weltweite Ächtung der chemischen Waffen zielenden Genfer Verhandlungen nicht in die Quere kommen, paßt ja nicht mehr zu den jüngsten rüstungspolitischen Entscheidungen auf diesem Gebiet.

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Der Vereinigten Staaten!)

Es ist gut, wenn erstens allen erwähnten Sachthemen beharrlich nachgegangen wird, und es ist gut, wenn sich zweitens keiner unserer Nachbarn, zumal der direkten Nachbarn, vernachlässigt fühlt. Uns sollte miteinander daran liegen, daß alle Möglichkeiten sachlicher Zusammenarbeit wahrgenommen und ausgeschöpft werden. Wenn dies dazu beiträgt, daß die Entstalinisierung raschere Fortschritte macht und ernsthaftere Reformbemühungen vorankommen, wäre auch das zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD, bei Abgeordneten der GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Öffnung und Reform erleichtern die europäische Zusammenarbeit. Das gilt nicht nur auf die Tschechoslowakei bezogen.

Mit Frankreich hat dies insofern auch zu tun, als es uns daran erinnert, daß nicht nur immer noch deutsche, sondern nicht selten auch europäische **Lasten aus der Vergangenheit** abzutragen sind. Nicht nur die Tschechoslowaken und die Deutschen, die Sudetendeutschen im besonderen, werden in diesem Jahr an das unselige Münchener Abkommen erinnert, das vor einem halben Jahrhundert zusätzliche Unsicherheit auslöste, statt den Frieden zu sichern und mehr Gerechtigkeit zu bewirken. An solcher Rückschau haben auch die westlichen Signatarmächte teil. Ob sie und wir und wie wir aus den zurückliegenden Jahrzehnten lernen, davon hängt ein Gutteil der europäischen Zukunft ab.

Erlauben Sie mir noch, in aller Behutsamkeit dies hinzuzufügen: Ein richtiges System, nach dem die Bundesregierung wichtige europäische und außereuropäische Termine wahrnimmt oder wahrnehmen läßt, ist für mich nicht leicht zu erkennen.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

In Frankreich, das auch seine Probleme hat, klappt so etwas sogar unter den Bedingungen der dortigen Cohabitation. Ähnlich müßte dies bei uns doch sogar innerhalb einer Koalition möglich sein. Es wäre im

übrigen die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen noch einmal: Wichtiger als alles Protokoll und alle symbolischen Akte sind konkretes Handeln und Entscheidungen zur Substanz. Wo immer solche Entscheidungen die deutsch-französische Freundschaft festigen, die europäische Sache voranbringen, die Ost-West-Zusammenarbeit fördern, kann man der Unterstützung durch die deutschen Sozialdemokraten und durch die breitesten Schichten unseres Volkes sicher sein.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN sowie der Abg. Frau Dr. Hamm-Brücher [FDP])